



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR STADTENTWICKLUNG, HOCHBAU UND LIEGENSCHAFTEN

am Donnerstag, 19.09.2019, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Ludwigsburger Klimabündnis

Vorl.Nr. 313/19

Beratungsverlauf:

BMin **Nießen** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere OBM **Dr. Knecht**. Dieser hat seinen Vorsitz für den ersten Tagesordnungspunkt an BMin Nießen abgetreten. Nachdem zur Tagesordnung keine Änderung gewünscht wird, ruft sie TOP 1 auf.

OBM **Dr. Knecht** und BMin **Nießen** gehen auf die Mitteilungsvorlage ein. Nach Rücksprache mit dem Gremium seien Vertreterinnen und Vertreter der Initiativen Fridays for Future und Parents for Future zur heutigen Sitzung eingeladen worden. Im Klimabündnis werde sehr konstruktiv und zusammen gearbeitet. Die Initiativen leisten eine gute Arbeit. Durch ihren Protest sei das Thema in die Gesellschaft getragen worden. BMin Nießen geht auf den morgigen weltweiten Klimastreik und auf die Maßnahmen der Stadtverwaltung lokal ein. Gemeinsam wolle man diese entwickeln. In einer Intranet Aktion werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgefordert Fragen zum Klimaschutz zu beantworten.

Das Thema sei sehr komplex, merkt OBM **Dr. Knecht** an. Die Gesellschaft müsse mitgenommen werden und trotz verschiedener Denkweisen zusammen ins Gespräch kommen. Ihm sei wichtig, dass kein gesellschaftlicher Streit und Dissens entstehe. Gegenseitiges Zuhören sei wichtig.

Die anwesenden **Vertreterinnen und Vertreter der Initiativen Fridays for Future und Parents for Future** stellen sich und ihre Arbeit vor. Weiter wird auf den Ablauf der morgigen weltweiten Demonstration eingegangen und bedanken sich für die heutige Einladung.

BMin **Nießen** dankt den Vortragenden und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Sorg** spricht seinen Respekt aus. Generationenübergreifende Arbeit sei wichtig. Im Klimabündnis sollten die Akteure breit eingebunden werden. Die Klimaneutralität zu erreichen sei wichtig und eine große Herausforderung. Weiter spricht er den grünen Ring und Möglichkeiten zur CO² Senkung an.

Stadtrat **Braumann** dankt für den Vortrag. Ludwigsburg müsse einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Weiter geht er auf die erforderlichen Mittel ein. Zudem interessiere ihn das Ausmaß des Notstandes. Diese Begrifflichkeit müsse geklärt werden und sei nicht gut gewählt. Das Klimabündnis sei wichtig und die Lage ernst. Er appelliert an die moralische Verpflichtung. Grenzüberschreitende Maßnahmen seien erforderlich. Ludwigsburg mache bereits mit der Umsetzung des Klimaanpassungskonzeptes viel. Er schlägt vor die Initiativen in die

Haushaltsberatungen mit einzubeziehen. Der Jugendgemeinderat solle ebenso mit einbezogen werden. Er wünscht viel Erfolg.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** dankt ebenso den Initiativen für ihre Arbeit. Der Klimawandel sei dringend und den Begriff Klimanotstand sehe er nicht problematisch. Das Thema müsse sich in der Bevölkerung verankern und Umsetzungen in die Gesellschaft rückgekoppelt werden. Es dürfe keine Frage der Mittelbereitstellung sein. Es werden vermutlich massive Einschränkungen geben und dies müsse der Bevölkerung vermittelt werden. Kommunen sollen vor Ort beispielhaft vorangehen. Bisher habe es im Gremium für entsprechende Maßnahmen keine stabile Mehrheit gegeben. Klimaanpassung sehe er als Notbehelf um schlimmste Auswirkungen abzumildern.

Ebenso seinen Dank spricht Stadtrat **Eisele**. Das Klimabündnis sei wichtig, vor allem durch die vielen Akteure aus unterschiedlichen Bereichen. Man müsse ein Maßnahmenbündel schnüren. Die Initiativen seien allgegenwärtig und stark global agierend. Ludwigsburg mache bereits viel für den Klimaschutz. Hier spricht er das klimapositive Baugebiet „Grünbühl“, an. Dennoch brauche es noch mehr Maßnahmen. Er wünsche sich anstatt Verboten mehr Innovationen und Initiativen.

Seit 2016 gebe es intensive Diskussionen zum Thema Klimawandel im Gremium, so Stadträtin **Burkhardt**. Herzlichen Dank spricht sie der Initiative aus. Jetzt werde endlich gehandelt und hoffe auf konkrete Vorschläge. Mit dem Klimabündnis werden die Gedanken und Erkenntnisse der Wissenschaft in die Öffentlichkeit getragen. Sie appelliert an die Verantwortung des Gemeinderates und der Verwaltung. Konkrete Ziele müssen formuliert, beschlossen, umgesetzt und kontrolliert werden.

BMin **Nießen** ergänzt, dass Maßnahmen festgelegt und umgesetzt werden. Hierzu brauche man mutige Entscheidungen. Der Antrag zum Klimanotstand fordert, dass bei Maßnahmen zu den finanziellen Auswirkungen ebenso die Umweltauswirkungen zu ermitteln und zu bewerten seien.

Es solle keine Zeit verloren gehen und konkrete Maßnahmen sollen zeitnah umgesetzt werden, so OBM **Dr. Knecht**. Im Bereich Energie habe man bereits viel erreicht. Zum Thema Mobilität sehe er noch gute Möglichkeiten. Weiter stellt er die Frage an die Initiativen, ob das Klimabündnis das richtige Format sei.

Das Format sei gut, antworten hierzu die **Vertreterinnen und Vertreter der Initiativen**. Zusätzlich könne in ehrenamtlicher Tätigkeit nicht mehr unternommen werden. Die Ideen sollen in die Gesellschaft getragen und es solle gehandelt werden.

Stadträtin **Dr. Knoß** bittet die Vertreterinnen und Vertreter der Initiativen um Kontrolle und Verfolgung der Arbeit des Gremiums und zu bestimmten Punkten eine Stellungnahme abgeben.

Den Appell auf die Wissenschaft zu hören nimmt BMin **Nießen** mit.

Die Menschen müssen mitgenommen und nicht umerzogen werden, fordert Stadtrat **Braumann**. Mobilität und Energie solle eingeschränkt werden. Hier könne jeder seinen Beitrag leisten. Weiter geht er auf das „Parkeschönticket“ ein. Dies sei ein Hilfeschrei des Einzelhandels gegen den Onlinehandel. Zudem spricht er die Dachbegrünung in den Kleingärten und Kindergärten an.

Ebenso seinen Dank an die Initiativen spricht Stadtrat **Link** aus. Er wünscht eine Pressemitteilung über den Straßenverlauf zur morgigen Demo.

Populistische Anmerkungen solle man unterlassen, so Stadtrat **Rothacker**. Man brauche direkte

Ziele und eine schnelle Umsetzung.

BMin **Nießen** dankt den Vertreterinnen und Vertretern der Initiativen und verabschiedet OBM Dr. Knecht.

Beschlussempfehlung:

- I. Der in Anlage 1 dargestellte **Rahmenplan** Ortseingang Süd für Poppenweiler **wird als städtebauliches Konzept** i.S.v. § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB **beschlossen** und bildet damit die **Grundlage für weitere Planungen**. Insbesondere sind die dargestellte Ausrichtung, Maßstäblichkeit und Körnigkeit der als Neubebauung gekennzeichneten Gebäude sowie die Straßenraumgestaltungsabsichten zu berücksichtigen.
- II. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die weiteren Planungsschritte zur **Neugestaltung des Knotenpunkts Reinhold-Maier-Straße/ Hochberger Straße/ Hochdorfer Straße** im Sinne des Rahmenplans in die Wege zu leiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** und Herr **Grohmann** (FB Stadtplanung und Vermessung) informieren anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Insbesondere wird auf die Hintergründe, den bisherigen Ablauf, Rahmenplan, Bauvorhaben Reinhold-Maier-Straße, Modellvergleich und das weitere Vorgehen eingegangen.

BMin **Nießen** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Bauer** signalisiert seine Zustimmung. Zum Thema Parkplätze wünscht er vermehrt Kontrollen und eine zeitliche Parkbeschränkung. Für die Fußgänger solle eine sinnvolle Querung eingerichtet werden. Ebenso solle die Einhaltung von Tempo 30 kontrolliert werden.

Ebenso stimmt Stadtrat **Braumann** zu. Die Bebauung sei im Gestaltungsbeirat vorgestellt worden.

Stadtrat **Remmele** stimmt der Vorlage zu. Störend empfinde er die Gebäudehöhe des Eckhauses. Weiter geht er auf die privaten Stellplätze in der Tiefgarage ein.

Die Planung der Gebäude wird durch den Gestaltungsbeirat begleitet, so Stadtrat **Juranek** und stimmt der Vorlage zu.

Den Besuchsverkehr für die Metzgerei und Bäckerei, sowie eine zeitliche Beschränkung der Parkplätze spricht Stadtrat **Eisele** an. Er wird der Vorlage ebenso zustimmen.

BMin Nießen sagt die Kontrolle der Parkzeitbegrenzung zu.

Stadträtin **Burkhardt** stimmt der Vorlage ebenso zu. Sie sieht hierin eine positive Entwicklung für Poppenweiler. Bei Neu- und Umbauten solle der Dorfcharakter erhalten bleiben.

Herr **Kurt** geht auf die offenen Fragen ein und dankt für das positive Feedback. Weiter geht er auf die Stellplatzsituation ein. In der Tiefgarage gebe es 24 Stellplätze für 18 Wohneinheiten und zusätzlich zeitlich beschränkte 8 öffentliche Stellplätze. Das Bauvorhaben sei im Gestaltungsbeirat beraten worden.

BMin **Nießen** lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Folgender Vergabe von Planungsleistungen „Controlling“ für die Neuordnung des Schul- und Sportareals „Bildungszentrum West“ wird zugestimmt:

	Planungsleistung	Firma	Verfügte Summe Inklusive 19 % MwSt. Auftragssumme + 15 %
1.	Controlling	Quadratus Projektsteuerungsgesellschaft mbH Mörikestraße 22 70197 Stuttgart	256.000,- EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

BMin **Nießen** führt in das Thema ein. Eine Vorlage zum internen Controlling werde im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 24.09.2019 vorgestellt. Ein Sachvortrag ist nicht vorgesehen. BMin Nießen eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** vermisst die nichtöffentliche Anlage der weiteren Anbieter. Sie werde der Vorlage zustimmen.

Ebenso seine Zustimmung sagt Stadtrat **Braumann** zu. Weiter will er wissen, ob der Controller bereits bei der Auslobung dabei gewesen sei.

Stadtrat **Rothacker** stimmt der Vorlage ebenso zu.

Eine weitere Zustimmung erfolgt durch Stadtrat **Juranek**. Er merkt noch an, dass bei einem Projekt dieser Größenordnung ein separates Projektbetreuungsbüro einzusetzen sinnvoll sei.

Fragen zum Untergrund und zur eventuellen Sanierung beziehungsweise Austausch, stellt Stadträtin **Burkhardt**.

Herr **Weißer** geht auf die offenen Fragen ein. Die Ausschreibung sei nicht europaweit gewesen, sondern beschränkt offen. Es habe zwei Anbieter gegeben. Die nichtöffentliche Anlage werde nachgereicht. Der Wettbewerb werde von einem Betreuungsbüro durchgeführt und dieses übernehme die Aufgaben des Controllers. Zum Thema Projektmanager merkt er an, dass bisher nur bis Leistungsphase 3 vergeben wurde. Bis dahin brauche man keinen Projektsteuerer. Weiter geht er auf die Honorarkosten ein. Der Untergrund werde ausgetauscht, sofern Altlasten erkannt werden. Der Umfang der Sanierung der Böden wird erst nach Abbruch und der entsprechenden

Bodenproben ersichtlich.

Im Anschluss lässt BMin **Nießen** über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) informiert zum Thema und geht auf die Mitteilungsvorlage ein. Seit 2009 sei das Gebäude in Betrieb. Der Mietvertrag sei zunächst auf 20 Jahre angelegt. Weiter geht er auf die bisherige Kostenaufteilung ein. Die Mieteinnahmen abzüglich der laufenden Kosten ergeben einen Überschuss.

BMin **Nießen** eröffnet die Aussprache.

Für einen höheren Anteil des Landes spricht sich Stadträtin **Dr. Knoß** aus. Zudem solle ein Förderer gesucht werden. Die Strahlkraft sei wichtig, dennoch sehe sie die enormen Kosten nach Ablauf des Vertrages kritisch.

Stadtrat **Rothacker** merkt an, dass die Verträge mit der ADK bestehen. Er gehe davon aus, dass die ADK weiter Mieter bleibe. Hier Kosten zu sparen, sei ein falscher Ansatz, so Rothacker.

Die Verträge haben noch eine lange Laufzeit, fügt Stadtrat **Juraneck** hinzu. Danach gebe es die Chance neu zu verhandeln, eine Besserung bezweifle er.

Auch Gebäude von großer Strahlkraft haben hohe Folgekosten, gibt Stadträtin **Burkhardt** zu bedenken.

Herr **Weißer** geht auf die offenen Fragen ein. Zum neuen Vertragsabschluss werden Verhandlungen aufgenommen. Erschwerend komme hinzu, dass die Räumlichkeiten sehr speziell seien. Den Hinweis auf einen Fördergeber, eventuell mit einer Zusatznutzung, werde er mitnehmen.

BMin **Nießen** stellt die Kenntnisnahme fest und schließt diesen TOP.

Beratungsverlauf:

BMin **Nießen** führt in das Thema ein. Sie verweist auf die zahlreichen Anträge, insbesondere werde auf die Anträge Nr. 098/19, sowie 515/17 eingegangen. Eine Beratung werde ebenso im Ausschuss für Mobilität, Technik und Umwelt stattfinden.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) geht auf die Mitteilungsvorlage und den Projektfahrplan ein. Es sei erst im November 2018 die Hauptsatzung mit einer Beratungshöhe von 200.000,-- Euro neu verabschiedet worden. Weiter geht er auf die Leistungsphasen ein. Für die Haushaltsberatungen werden zur Leistungsphase 1 Kostenspannen genannt. Diese sollten nur einen Rahmen für den Finanzierungsraum in etwa darstellen. Nach der Vorplanung werde mit der Leistungsphase 2 eine Kostenschätzung vorgestellt. Die Kostenberechnung ist die Grundlage für die Kostenverfolgung und erfolgt in Leistungsphase 3. In Bestandsgebäuden könne der Zustand des Gebäudes häufig erst nach der Räumung untersucht werden. Zu jeder Kostenberechnung komme ein Zuschlag für Unvorhergesehenes.

Der Ablauf solle so beibehalten werden, ergänzt BMin **Nießen**. Im kommenden Jahr werde hierzu ein Workshop anberaumt. BMin Nießen eröffnet die Aussprache.

Die Idee des Antrages wird von Stadtrat **Braumann** erläutert. Am Anfang eines Projektes müsse das Budget festgelegt werden. Zudem spricht er die Prioritätenliste an.

Stadtrat **Sorg** begrüßt ein frühes Einbinden des Gemeinderates. Baukosten, Lebenszyklus und Folgekosten, sowie die Umweltwirkung sollen dargelegt werden. Er stellt die Frage an die Antragsteller bezüglich der Höhe der Bausumme. Das bisherige Vorgehen halte er für ausreichend.

Der Antrag sei als Mahnung anzusehen, so Stadtrat **Rothacker**. Weiter spricht er das Programm KSIS als Projektbegleitung an. Hier wünsche er eine deutliche Verbesserung. Eine Umsetzung der Projekte solle vermehrt erfolgen.

BMin **Nießen** hofft beim Programm KSIS auf eine schnelle Umsetzung und Problembehebung.

Wenig Verständnis für den Antrag zeigt Stadtrat **Juranek**. Die Kosten ergeben sich aus dem Projektfahrplan.

Eine frühe Kosteninformation sei gewollt, so Stadtrat **Eisele**. Der Antrag Nr. 515/17 sei erledigt. Das Programm KSIS habe deutliche Mängel und bedarf einer Verbesserung.

Stadtrat **Braumann** sieht den Projektfahrplan als eine gute und wichtige Einrichtung an. Dennoch müsse vor einer Abstimmung das Budget genannt werden. Der Betrag im Antragstext sei nicht fix und könne abgeändert werden.

Herr **Weißer** fügt hinzu, dass vor der Planung eine Kostenspanne genannt werde. zu Beginn eines Projektes können keine verifizierten Zahlen vorgelegt werden. Hierzu sei der Arbeitsaufwand zu hoch. KSIS sei kein Projektsteuerungsprogramm, sondern reines Berichtswesen.

Stadtrat **Bauer** wünscht eine Gesamtbetrachtung, vor allem zum Budget.

Zu Beginn des Projektes und für die Haushaltsplanungen werden Margen angegeben, merkt BMin **Nießen** an.

Stadtrat **Braumann** korrigiert seinen Antrag Nr. 098/19 auf eine Summe von 200.000,-- Euro und wünscht eine Abstimmung. Weiter merkt er an, dass auch nach den Haushaltsberatungen Projekte hinzukommen.

BMin **Nießen** lässt über den geänderten Antrag abstimmen. Dieser wird mit 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung bei Stimmengleichheit abgelehnt.

Geänderter Antragstext:

Bei allen Bauprojekten mit einer zu erwartenden Bausumme über ~~100.000~~ **200.000** Euro sind die zu erwartenden Kosten in drei Schritten zu ermitteln und die jeweiligen Ergebnisse dem Gemeinderat mitzuteilen.

Dazu sollen in der Leistungsphase 1 vom Auftraggeber die finanziellen Rahmenbedingungen abgefragt werden, in der Leistungsphase 2 soll eine Kostenschätzung nach DIN 276 ermittelt werden, in der Leistungsphase 3 soll eine Kostenberechnung nach DIN 276 erstellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird bei Stimmengleichheit mit 5 Ja- Stimmen, 5 Nein- Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 5.

Stadtrat **Braumann** wünscht eine Abstimmung über den geänderten Antrag Nr. 098/19 wie oben kursiv eingefügt.

BMin **Nießen** stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung:

1. Der Bildung eines gemeinsamen Gutachterausschusses (Ludwigsburg, Remseck am Neckar, Freiberg am Neckar) auf der Grundlage der in Anlage 1 beiliegenden öffentlich-rechtlichen (ÖR) Vereinbarung wird zugestimmt. Der gemeinsame Gutachterausschuss trägt danach den Namen „Gutachterausschuss Ludwigsburg und Umgebung“. Sitz der Geschäftsstelle ist Ludwigsburg. Die Verwaltung wird beauftragt, die personellen, sachlichen und räumlichen Voraussetzungen zu schaffen und den Zusammenschluss zum 01.01.2020 umzusetzen.
2. Die als Anlage 4 beigefügte „Erstreckungssatzung Gutachterausschuss“ auf das Gebiet der Stadt Remseck am Neckar und Freiberg am Neckar wird unter Voraussetzung der Wirksamkeit der unter Ziffer 1 genannten ÖR Vereinbarung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Herr **Dienelt** (FB Bürgerbüro Bauen) geht auf die Vorlage ein. Der Vertrag sei mit dem Regierungspräsidium abgestimmt.

Stadtrat **Bauer** wird der Vorlage zustimmen. Eine interkommunale Zusammenarbeit sehe er als sinnvoll an.

Ebenso ihre Zustimmung signalisieren die Stadträte **Braumann, Remmele, Dr. O´Sullivan**, sowie **Eisele**. Letzterer stellt zudem die Frage, warum sich Kornwestheim nicht anschließe.

Stadträtin **Burkhardt** interessiert sich ebenso für die Gründe. Sie stimmt der Vorlage zu.

Stadtrat **Rothacker** geht auf die Haushaltsklausur vor vier Jahren ein. Hier sei bereits über die interkommunale Zusammenarbeit mit Kornwestheim diskutiert worden. Insbesondere wundert er sich über die Unabhängigkeit von Pattonville.

Herr **Dienelt** geht auf die offenen Fragen ein. Gespräche mit Kornwestheim seien erfolgt. Die Entscheidung sei frei und trägt die Kommune selbst. Ein Zusammenschluss ist nur innerhalb des Landkreises und in direkter Nachbarschaft möglich. Das Modell sei jederzeit erweiterbar. Durch das Baugebiet Pattonville verlaufen die Gemarkungsgrenzen. Hier könne es zu unterschiedlichen Bodenrichtwerten kommen. Ein Austausch finde unabhängig des Zusammenschlusses statt und diene einer homogenen Preislandschaft.

Im Anschluss lässt BMin **Nießen** über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

BMin **Nießen** und Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) informieren über die Bewerbung zur IBA unter dem Namen Region Stuttgart und gehen auf die Mitteilungsvorlage anhand einer Präsentation ein, die dieser Niederschrift beiliegt. Ludwigsburg sei zur Aufnahme vorgesehen. Während der Sommerpause habe die Presse hierzu bereits berichtet. Insbesondere wird auf das Historische Erbe, die Stadt von morgen, sowie nachhaltiges Stadtentwicklungskonzept eingegangen. Ludwigsburg sei eine maßgebliche Stadt in der Region Stuttgart. Weiter werden Ausbau und Gestaltung der grünen Infrastruktur und neue Mobilitätskonzepte angesprochen. Herr Kurt geht auf die Quartiere im Netz ein und erläutert diese.

BMin **Nießen** eröffnet die Aussprache.

Im Kepler-Dreieck gebe es nicht nur einen erhaltenswerten Baubestand, sondern auch Baumbestand, merkt Stadträtin **Dr. Knoß** an. Hier sieht sie eine große Herausforderung. Für die Projekte 1 und 2 sehe sie große Chancen. Beim Bahnhofsareal könne man durch weitere Ideen profitieren. Man müsse den Input auch annehmen. Hier geht sie auf die unzureichende Beleuchtung in der Dämmerung ein. Weiter spricht sie das Gebiet Fuchshof an. Hier könne sie sich auch ein ganz neues Quartier, verkehrsfrei, zukunftsgerichtet, vorstellen. Zur Transformation Weststadt habe es bereits Planungen gegeben. Die Firmen und Unternehmen vor Ort müssen mitgehen. Hier müsse die Investition überdacht werden.

BMin **Nießen** weist darauf hin, dass es um Innovationen gehe und man noch am Anfang stehe. Man werde im Gremium die weiteren Schritte besprechen.

Neue Chancen und Impulse sieht Stadtrat **Braumann**. Arbeit und Wohnen solle in Einklang gebracht werden. Verdichtetes Wohnen in einer guten Qualität und hohem städtebaulichen Niveau finde er wichtig. Als zentrales Thema sieht er die Mobilität. Die Ansätze seien gut. Ein Baugrundstück als Experiment, eventuell temporär, wünsche er sich noch.

Stadtrat **Rothacker** freut sich über eine Teilnahme. Die Projekte seien bereits in der Planung und diese sollen eingereicht werden. Für die Zukunft sollen Netzwerke geschaffen werden. Weiter geht er auf die Gewerbesteuererinnahmen zum Thema Transformation West ein. Man könne hier begleiten und Ideen einbringen.

Die Projekte schließen eine experimentelle Variante nicht aus, merkt BMin **Nießen** an.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** sieht die Beteiligung mit laufenden Projekten als gut an. Ein weiteres kleines innovatives Gebiet würde er befürworten. Hier könne er sich das städtische Grundstück der Kleingärten vorstellen. Weiter spricht er den Kostenfaktor an.

Stadtrat **Eisele** freut sich über die Aufnahme. Das Projekt Kunst im öffentlichen Raum sei ihm nicht so wichtig. Hierin sehe er eine Küraufgabe und die Kosten können anderweitig eingesetzt werden. Ebenso wolle er Informationen zu den Kosten. Wohngebiet der Zukunft und Kepler-Dreieck seien wichtige Projekte. In internationalen Wettbewerben sehe er einen hohen Zeit- und Kostenaufwand.

Die Kosten können noch nicht abgeschätzt werden, so BMin **Nießen**. Die vertraglichen Vereinbarungen werden mit dem Gremium abgesprochen.

Für die Information bedankt sich Stadträtin **Burkhardt** und spricht kritisch die vorherige

Berichterstattung in der Presse an. Für das Planungsamt sei dies eine große Herausforderung. Es könne eine Chance für die Weiterentwicklung von Ludwigsburg, wie auch eine dritte Stadtgründung sein, je nach Entwicklung. Der Ausgangspunkt sei die historische Stadt. Sie wünscht hierzu umfängliche Informationen.

Die Presseberichterstattung sei nicht der Grund für die heutige Information gewesen, so BMin **Nießen** und dankt für das Signal der Unterstützung. Über Finanzen, Prioritäten und Personalkapazitäten müsse weiter gesprochen werden.

BMin **Nießen** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.